

Fraktionsvorsitzender
Helmut J. Noe
Erster Bürgermeister a.D.

Tel.07152/23130
email:hrnoe@yahoo.de

Stellungnahme zum Kreishaushalt 2018.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,

Baden-Württemberg ist eine der führenden Regionen der
Automobilwirtschaft in Deutschland und Europa.

Die Mobilität unterliegt derzeit einem der größten
Umwandlungsprozesse der Industriegeschichte.

Jeder vierte Arbeitsplatz der deutschen Fahrzeugindustrie
Ist in Baden-Württemberg angesiedelt.

Zudem sind über tausend Zulieferfirmen in Baden-
Württemberg beheimatet.

1. Stellvertreterin: Dr. Gabriele Moritz-Rahn, 71101 Schönaich, Tel.07031/655858
 2. Stellvertreter: Walter Arnold, Tel. 07031/384 154, E-Mail: pferdehof.arnold@gmx.de
 3. Stellvertreter: Prof. Dr. Axel Prokop, 71032 Böblingen, Tel. 07031/9812422, E-Mail: verletzt@klinikverbund-suedwest.de
- Schatzmeister: Dieter Haarer, 71083 Herrenberg-Kuppington, Tel.07032/33447, E-Mail: dieter.haarer@web.de
Schriftführer: Claus Unger, Königstraße 29, 71139 Ehningen, Tel. 07034/121-133, E-Mail claus.unger@ehningen.de

Klimaziele, neue Mobilitätskonzepte und gesellschaftliche Veränderungen führen weltweit zu neuen, veränderten Rahmenbedingungen, an denen sich die Automobilwirtschaft und alle damit verbundenen Wirtschaftszweige orientieren müssen.

Die Unternehmen haben diesen Transformationsprozess bereits eingeleitet.

Wir unterstützen deshalb u.a. die Position der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart, Bezirkskammer Böblingen wonach die Elektromobilität aber auch der Dieselantrieb weiterhin eine Rolle spielen müssen.

Neue umweltverträgliche Antriebsaggregate müssen technologieoffen entwickelt werden.

Die Politik muss hierfür die Rahmenbedingungen vorgeben. Diese müssen konsequent eingehalten und überwacht werden.

Für den Kreis Böblingen steht als Automobilstandort viel auf dem Spiel. Der Erhalt unseres Wohlstandes und die Sicherung der Arbeitsplätze dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Die CDU Kreistagsfraktion bekennt sich zum Automobilstandort Kreis Böblingen. Das gilt für den Produktionsstandort Sindelfingen von Daimler und die

Ingenieur-Dienstleistungszentren Porsche in Weissach und Bertrandt in Ehningen einschließlich der Zulieferfirmen.

Gemeinsam werden die Unternehmen mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Gewerkschaften, unterstützt von der öffentlichen Hand, wo notwendig, **diese große Herausforderung erfolgreich bestehen.**

Zur Erreichung einer erheblich besseren Luftqualität in den Städten, muss der ÖPNV und die Park and Ride Plätze ausgebaut werden.

Wir wenden uns gegen Fahrverbote in Stuttgart, die zu Lasten der Umlandkreise nicht akzeptiert werden können.

21 % des Verkehrs durch Stuttgart könnte mit dem Bau des Nord - Ost - Rings und der Filder - Auffahrt reduziert werden so ein Gutachter für den Verband Region Stuttgart.

ÖPNV und Straßenbau.

Der Nettozuschussbedarf für den ÖPNV im Jahr 2018 beträgt ca. 30 Mio Euro.

Daraus ist abzulesen, welcher hohen Stellenwert der ÖPNV im Landkreis Böblingen genießt.

Mit der Einführung des 15-Minuten-Takts und der Elektrifizierung der Schönbuchbahn erfolgt ein großer Schritt beim Ausbau des ÖPNV.

Wir bauen darauf, dass das Land Baden-Württemberg den Kauf der neuen Fahrzeuge bezuschusst.

Ich weise darauf hin, dass der Landkreis Böblingen im Jahr 2016 für die Schönbuchbahn und die Ammertalbahn eine Betriebskostenumlage von ca. 3,5 Mio Euro bezahlt hat.

Im Jahr 2021 werden es ca. 10 Mio Euro sein.

Der Verband Region Stuttgart hat beschlossen, flächendeckend im S-Bahn-Netz den 15-Minuten-Takt einzuführen. Beschluss der Regionalversammlung 2016.

Leider gilt dies nicht für die S 60 von Böblingen nach Renningen.

Wir beantragen deshalb, Herr Landrat, dass sie vom Verband Region Stuttgart eine schriftliche Stellungnahme einfordern

bei der die Gründe für die Nichtberücksichtigung der S 60 beim 15-Minuten-Takt dargestellt werden.

Es ist nicht hinnehmbar, dass der größte Arbeitgeber, nämlich die Firma Daimler und die Anliegerkommunen Sindelfingen, Magstadt und Renningen , von der Einführung des 15 Minuten -Takts auf der S 60 ausgeschlossen werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Verwaltung beim VRS zu klären, dass mit einer möglichen Realisierung der Hermann-Hesse-Bahn keine Behinderung für die Einführung des 15-Minuten-Takts auf der S 60 einhergeht. Im UVA ist zu berichten.

Am 1. Dezember wird die Fahrplanrobustheitsprüfung für die Hermann-Hesse-Bahn beim Verband Region Stuttgart vorgestellt. Die Vertreter der Kreistagsfraktionen aus Böblingen sind eingeladen.

Bei diesem Termin können die von mir erwähnten Fragestellungen eingeführt werden.

Für die Nutzer der Gäubahn wird es ab Dezember 2017 eine erhebliche Verbesserung ergeben, denn es gelten künftig im IC Zug die VVS-Tarife.

Im Frühjahr 2018 erwarten wir den Planfeststellungsbeschluss für den Ausbau der A 81 von Böblingen bis zum Vaihinger Kreuz.

In keinem Fall können wir die Absicht des Landes hinnehmen, den Lückenschluss in Renningen erst in 10 Jahren zu beheben. Wir erhoffen uns von der Untersuchung über vorgezogene Baumaßnahmen eine Verbesserung der Situation.

Der Landkreis muss mit den Städten Renningen, Magstadt und Leonberg das Verkehrsministerium überzeugen, dass der Lückenschluss rasch realisiert werden muss.

Bei der Instandsetzung der Kreisstraßen sind wir auf einem guten Weg.

Für den Neubau der Straßenmeisterei beginnt im Januar der Architektenwettbewerb. Eine kostengünstige und wirtschaftliche Planung müsste als Ergebnis des Wettbewerbs herauskommen.

Hinsichtlich der Erarbeitung einer Konzeption für den Bau von Radschnellwegen erwarten wir vernünftige Überlegungen und Planungen.

Bestehende gut ausgebaute Feldwege müssen in die Planungen mit einbezogen werden.

Der Natur- und Umweltschutz gilt auch für die Planung und den Bau von Radschnellwegen.

Kliniken.

„Wer die Krankenhausförderung runterkürzt, spielt mit dem Feuer.“

So kommentierte der Präsident des Landkreistags, Landrat Walter, die Absicht des Landes, die Investitionsförderung für **Krankenhäuser um über 25 Mio Euro jährlich zu kürzen.**

Diese Maßnahme ist unverständlich, weil das Land noch nie so viel Steuern eingenommen hat, wie zur Zeit.

Die Kliniken sind bereits heute dramatisch unterfinanziert.

45% der Krankenhäuser schreiben rote Zahlen.

Wir sollten uns alle bemühen, die Absicht des Sozialministers auf Kürzung der Investitionsmittel zu verhindern.

Gleichzeitig erheben wir die Forderung, den Krankenhausträgern Sonder-Mittel für die Kosten der Digitalisierung zuzuweisen.

Wir stellen den Antrag, die Finanzierung der Zuschüsse an die Kreisklinik GmbH umzustellen.

Dabei wollen wir die Aufwendungen für die Abschreibungen für das nicht geförderte Anlagevermögen in einen festen jährlichen Investitionszuschuss umwandeln.

Schulen, Digitalisierung, Breitbandausbau.

Erfreulicher Weise erfahren unsere Berufsschulen und Gymnasien weiterhin einen guten Zulauf.

Mittelfristig sind die Schülerzahlen stabil. Die Investitionen in die Gebäude sind im Grundsatz richtig und auch notwendig. Unsere Schulen brauchen leistungsfähige Anschlüsse an das Glasfasernetz.

Wegen der neuen Herausforderungen in der Industrie und im Handwerk (Digitalisierung, Industrie 4.0, alternative Antriebe für PKW) sind auch die Lerninhalte für die Schülerinnen und Schüler anzupassen.

Wir beantragen deshalb, im zuständigen Ausschuss zu berichten, ob die Bildungs- und Arbeitsmarktpreise an unseren beruflichen Schulen den Anforderungen der digitalisierten Berufswelt von morgen gerecht werden.

Wir beraten heute auch über ihre Initiative, Herr Landrat, ein Digitalisierungszentrum in Böblingen einzurichten.

Es soll ein Antrag beim Land gestellt werden, damit wir in den Genuss eines Zuschusses in Höhe von ca. 1 Mio Euro kommen.

Wir stimmen der Antragstellung zu und bitten darum, im nächsten Jahr den Aufwand und die Erträge dieser zukünftigen Einrichtung vor einer endgültigen Entscheidung darzulegen.

Sollte der Landeszuschuss gewährt werden, was wir uns wünschen, kann dann auf dieser Grundlage ein Grundsatzbeschluss zur Einrichtung des Zentrums gefasst werden.

Dem flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes kommt eine hohe Bedeutung zu. Wir erwarten einen Bericht über die Beurteilung der wirtschaftlichen Fragestellungen zum Breitbandausbau.

Soziales, Flüchtlinge

Die Kreisverwaltung und die Städte und Gemeinden waren bei der Aufnahme von Flüchtlingen in den letzten zwei Jahren stark gefordert.

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Leistung. Unser Dank gilt aber auch den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, ohne die vieles nicht möglich gewesen wäre.

Der Zustrom von Flüchtlingen in die Erstaufnahme-einrichtungen des Kreises geht stark zurück. Jetzt sind die Kommunen bei der Anschlussunterbringung in der Verantwortung.

Ich möchte zunächst feststellen, dass sich die CDU Fraktion nach wie vor zu den Verpflichtungen des Artikels 16 a des Grundgesetzes bekennt.

Wer aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen verfolgt wird und die Grenzen unseres Landes erreicht, muss hier Aufnahme finden, zumindest so lange wie dieser Verfolgungszustand andauert.

Wir unterstützen deshalb aus voller Überzeugung die **Rastatter Erklärung der Landräte-Konferenz zur Flüchtlings- und Asylpolitik des Landes.**

Danach sind die Asylanträge beschleunigt zu bearbeiten und Ausreisepflichtige zurückzuführen.

Die Aufnahme und die Unterbringung von Flüchtlingen ist eine nationale Aufgabe und Herausforderung.

Der Kreis und die Kommunen sind mit der Umsetzung beauftragt.

Wir erwarten, dass das Land und der Bund die Kosten für die Aufnahme, die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge auf Euro und Cent übernimmt, die den Kommunen entstehen. Dies gilt auch für den Aufwand bei geduldeten Asylbewerbern.

Es ist für mich unerklärlich, dass das Land mit ca. 9 Mio Euro Erstattungen an den Landkreis Böblingen im Rückstand ist.

Die Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden für die Aufnahme weiterer Flüchtlinge und deren Integration ist erschöpft.

Wir sehen die Probleme bei der Anschlussunterbringung in den Kommunen.

Ich zitiere den Präsidenten des Gemeindetags aus der Stuttgarter Zeitung vom 17. November **2017** „**Das Land müsse sich beim Bund dafür einsetzen dass der Familiennachzug weiter ausgesetzt bleibt.**

Dass Flüchtlinge im Familienkreis bessere Integrationschancen haben sei zwar in der Theorie plausibel, doch in der Praxis fehlten dafür Wohnungen, Kindergarten- und Betreuungsplätze. Da müsse man Schritt für Schritt vorgehen.“

Dieser Aussage stimme ich zu.

Die internationale Staatengemeinschaft muss deshalb alles tun, um den Menschen vor Ort zu helfen.

Sie müssen in die Lage versetzt werden, in ihren Heimatländern ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Ambulante Wohnformen als zweite Säule der stationären Unterbringung.

Wir stellen einen Antrag, die Kreisverwaltung zu beauftragen, eine Konzeption zur Schaffung von neuartigen Pflege- und Versorgungsmodellen als ambulante Betreuungsangebote, die ein weitgehend selbstbestimmtes Wohnen im Alter und bei Pflege- und Unterstützungsbedarf ermöglichen, für den Kreis Böblingen vorzulegen.

Wie beim Bau von Pflegeheimen sind die Freien Träger als Investoren und Betreiber gefragt.

Abfallwirtschaft.

Wir werden der Änderung der Abfallwirtschaftssatzung und der maßvollen Anhebung der Abfallgebühren zustimmen.

Für die Umwandlung des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft in eine Anstalt des Öffentlichen Rechts sehen wir keinen Anlass und keine Notwendigkeit.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss, der als Werksausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebs eingerichtet ist, wird auch in der Zukunft öffentlich und transparent die Belange der Abfallwirtschaft beraten.

Es gibt keinen Anlass, von dieser bewährten Struktur abzuweichen.

Wir sind offen für eine Erhöhung der finanziellen Zuständigkeiten der Verwaltung des Eigenbetriebs bei Vergaben.

Die Arbeitsgruppe Deponie wartet mit großem Interesse auf die Prognose über den zu erwartenden Bauaushub und Bauschutt. Diese Prognose könnte die Grundlage für die weitere Arbeit sein.

Finanzen.

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass die Finanzlage des Kreises über einen so langen Zeitraum in so ausgezeichneter Verfassung war.

Es scheint so, als ob dieser Zustand mittelfristig anhalten könnte.

Andererseits sind wir aber dabei mit dem Neubau des Flugfeld-Klinikums und der Investitionen in die Krankenhäuser Leonberg und Herrenberg ein Investitionsvolumen von ca. 500 Mio Euro zu stemmen.

Dies ist die größte Investitionssumme in der Geschichte des Landkreises.

Ganz nebenbei leisten wir uns den Ausbau der Schönbuchbahn für ca. 150 Mio Euro. Der Zuschuss des Landes für die Kosten der Infrastruktur, für den wir dankbar sind, ist dagegen recht bescheiden.

Wir hoffen und rechnen fest mit einem Zuschuss des Landes für unseren neuen Züge.

Die Investitionen in den ÖPNV werden in der Zukunft noch höher ausfallen.

Der Rückgang der Umlage an den Verband Region Stuttgart im Jahr 2018 ist hier nur ein angenehmes Zwischenhoch.

Wenn wir die Mobilität in der Zukunft in geordnete Bahnen lenken wollen, d.h. mehr Menschen auf den ÖPNV bringen, sind weitreichende Investitionen unabwendbar. **Dafür sind das Land und der Bund in erster Linie zuständig.**

So sollen nach einer **Aussage des Verkehrsministers ca. 100 Mio Euro in den Bahnknoten Stuttgart fließen.**

Es gibt Überlegungen **die große Wendlinger Kurve** im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Schnellbahntrasse nach Ulm auszubauen.

Dies wäre sinnvoll für die Anbindung der Züge aus Tübingen und Reutlingen.

Ebenso soll das 3. Gleis am Flughafen gebaut werden. Der Verband Region Stuttgart beteiligt sich hier mit 20 Mio Euro.

Der notwendige Ausbau der Park and Ride Plätze wird ebenfalls erhebliches Geld kosten.(Gesetzliche Aufgabe des VRS)

Hinzu kommt eine mögliche Tarifreform im Gebiet des VVS. Die Kosten hierfür werden in jedem Fall in die Millionen gehen. (Wegfall der Sektorengrenze 5.5 Mill. Euro, Anteil des Kreises 1.0 Mio Euro)

Auch die Integration des Kreises Göppingen in den VVS wird nicht spurlos an den Kreisfinanzen vorbeigehen.

Wir beantragen deshalb, im UVA über die Ergebnisse zu berichten und diese finanziell zu bewerten.

Dem Kreistag liegt ein Antrag zur Einführung eines Sozialtickets vor. Nach Schätzungen des VVS soll hierfür ein Aufwand von jährlich 1 Mio Euro anfallen. Personalkosten und die Kosten für die technische Umrüstung von Automaten sind hierin nicht enthalten.

Wir halten ein solches Sozialticket im Grundsatz für richtig aber der Landkreis Böblingen ist für die Finanzierung der falsche Adressat.

Hier sind in erster Linie das Land und der Bund gefragt.

Das Land Nordrhein-Westfalen gewährt den Kommunen und Verkehrsverbünden insgesamt 40 Mio Euro jährlich zur Finanzierung des dortigen Sozialtickets.

Der Koalitionsvertrag 2011 der Grün-Roten Landesregierung Baden-Württemberg enthielt auf den Seiten 25 und 26 den Passus: „**Wir unterstützen Modelle, die dafür sorgen, dass auch Menschen mit einem geringeren Einkommen öffentliche Mobilitätsangebote wahrnehmen können.**“

Die Gewährung von Freiwilligkeitsleistungen und die von mir erwähnten möglichen Aufwendungen bei der Tarifreform müssen auch dann finanzierbar bleiben, wenn die konjunkturellen Rahmenbedingungen schlechter sind.

Es wäre im übrigen auch eine Überlegung wert, Herr Landrat und meine Damen und Herren Kreisräte, **wenn wir bei neuen Belastungen des Ergebnishaushalts einmal eine Gegenfinanzierung aus dem Haushalt aufzeigen könnten. Wenigstens teilweise.**

Wir treten nach wie vor für den **Abbau der Schulden im Kernhaushalt ein. Die Diskussion im Verwaltungs- und Finanzausschuss über die Schuldentilgung 2017 in Höhe von 14,6 Mio Euro war für uns nicht ganz nachvollziehbar.**

In guten Zeiten sind Schulden zurück zu zahlen.

Das ist ein anerkannter Grundsatz einer antizyklischen Finanzwirtschaft.

Es braucht **Spielräume für schlechtere Zeiten.**

Nebenbei bemerkt haben wir beim Zweckverband Schönbuchbahn 53.0 Mio Euro Kredite aufgenommen, um die Investitionen zu finanzieren.

Die Finanzierung unserer Investitionen in die Krankenhäuser Wird noch manche Kreditaufnahme notwendig machen.

Sofern möglich wollen wir im Jahr 2018 aus einem hoffentlich guten Rechenergebnis 2017 der Krankenhausrücklage Gelder zuführen.

Die Steuerschätzung vom 9. November 2017 soll Mehreinnahmen für den Kreis bringen. Die genaue Höhe ist noch nicht bekannt.

Für die Kreisfinanzen droht aber neues Unheil aus Stuttgart. Die Landesregierung beabsichtigt, nach der Beschlussfassung des Landesteilhabegesetzes das Konnexitäts - Prinzip erst ab 2020 gelten zu lassen. Dies würde bedeuten, dass auf den Kreis Böblingen in den Jahren 2018 und 2019 Mehrkosten in Millionenhöhe zukommen könnten.

Der vorliegende Entwurf des Kreishaushalts 2018 weist ein Defizit von ca. 14,3 Mio Euro aus.

Wir sind als Kreistag und Kreisverwaltung gut beraten, die laufenden Ausgaben zu begrenzen und nicht zu mehren. Dabei denke ich auch an den Stellenzuwachs.

Wir schlagen deshalb vor, die Kreisumlage bei 33 %-Punkten belassen.

Herr Landrat ich danke ihnen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Vorlage des Entwurfs des Haushalts 2018 einschließlich der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe. Wir danken für die Unterstützung und Beratung bei unserer Klausur. Besonders danke ich Herrn Kreiskämmerer Hinck. Wir freuen uns auf gute weitere Beratungen.

Böblingen, den 20. November 2017

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Helmut J. Noë', with a stylized flourish at the end.

Helmut J. Noë